

Region

Eingreifen oder nicht?

Unbewilligte Demos in Bern Am Wochenende kam es beim «antifaschistischen Abendspaziergang» zu kaputten Scheiben, Sprayereien und Steinwürfen. Wieso ging die Polizei nicht aktiver gegen die Teilnehmenden vor?

Jessica King

Zwischen 500 und 800 vermummte Teilnehmende zogen am Samstag beim «antifaschistischen Abendspaziergang» durch Bern. Beim unbewilligten Umzug hinterliessen sie unter anderem Sprayereien sowie eingeschlagene Fenster bei der Filiale der Berner Kantonalbank, zudem bewarfen sie die Polizei mit Pflastersteinen.

Sowohl in den Kommentaren als auch in Briefen zeigen sich Leserinnen und Leser vom Vorgehen der Polizei irritiert: Warum hat sie nicht härter eingegriffen, spätestens dann, als eine Scheibe zu Bruch ging und Steine flogen? Warum hat sie den «Abendspaziergang» nicht bereits zu Beginn im Keim erstickt, um 18.30 Uhr, als sich die Teilnehmenden beim Bahnhofplatz versammelten?

Schaden und Gewalt verhindern

Manuel Willi, Chef der Regionalpolizei Bern, nimmt sich am Dienstagmorgen Zeit für die Antworten. Und greift im Gespräch immer wieder auf zwei Sätze zurück: «Das ist eine Abwägung von verschiedenen Faktoren.» Und: «Die Situation ist nicht so einfach, wie man sich das vielleicht vorstellt.»

Die erste Priorität sei es, Verletzungen und Gewalt an Personen zu verhindern, erklärt Willi. Und dann Sachschaden zu verhindern. Dabei sei es überhaupt nicht klar, dass die Auflösung der Demo der beste Weg sei, um diese Ziele zu erreichen. «Wenn wir eine Kundgebung im Keim zu erstickern versuchen, kann es zu gewalttätigen Ausschreitungen oder mehr Sachbeschädigungen kommen», sagt er.

Grundsätzlich versuchen Polizei und Stadt Bern bei solchen Situationen im Vorfeld, eine Ri-



Am Samstag haben Demoteilnehmende bei der Berner Kantonalbank eine Scheibe eingeschlagen. Foto: Jürg Spori

sikoeinschätzung vorzunehmen, sagt er. Dabei stellen sie sich unter anderem die Fragen: Wer steckt hinter der Demo? Welche Gruppierungen werden voraussichtlich teilnehmen? Rufen die Organisatorinnen und Organisatoren zu Gewalt auf? Und: Finden gleichzeitig andere Veranstaltungen in Bern statt wie zurzeit die Lichtshow «Rendez-vous Bundesplatz»? Vor diesem Hintergrund stellt die Polizei die grundsätzliche Strategie auf.

Dass die Gruppe am Samstag zu gross war, dass die Demo unterbunden werden konnte, verneint Willi. Man habe grundsätz-

lich die Mittel, jede Kundgebung aufzulösen. Am Samstag warteten etwa Wasserwerfer im Hintergrund. «Die Frage bleibt aber immer: Ist das verhältnismässig? Was lösen wir damit aus, welche Risiken gehen wir ein?»

«Matchentscheidend ist die Sicherheit»

Wie hoch gewichtet die Polizei denn die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit der Menschen? «Sehr hoch, vor allem für bewilligte Kundgebungen», sagt Manuel Willi. «Aber matchentscheidend für uns ist die Sicherheit.»

Auch Sicherheitsdirektor Reto Nause (Mitte) verteidigt das Vorgehen der Polizei. Angesichts der Zusammensetzung der Demo und der «aggressiven Stimmung» unter den Teilnehmenden sei es absehbar gewesen, dass die Situation eskaliert wäre, hätte die Polizei eingegriffen. «Zudem muss man sagen, dass in der Vergangenheit solche Demonstrationen auch schon zu Beginn unterbunden wurden.» Etwa 2015, als 1000 Beamte den Aufmarsch auf Geheiss der Stadtregierung verhinderten. «Dann gab es Kritik, dass die Polizei unverhältnismässig agiert habe,

weil noch gar nichts passiert sei.»

15 Jahre ist Reto Nause schon im Amt – in dieser Zeit hat er etliche Demos begleitet. «Bei jeder mussten die Behörden im Einzelfall entscheiden, wie vorgegangen werden soll», sagt er. «Es ist schon vieles gemacht worden: laufen lassen, einkesseln, verhindern.» Ein Patentrezept, sagt er, gebe es nicht.

Bei Sachbeschädigungen greift die Polizei ein

Am Samstag hat die Polizei entlang der Demoroute diverse Gebäude geschützt. Trotzdem kam

es während des zweieinhalbstündigen Spaziergangs zu einigen Sachbeschädigungen, etwa durch Sprayereien: Auf einen «niedrigen fünfstelligen Betrag» schätzt Nause die entstandenen Kosten. Bleibt die Frage: Wieso war es nicht möglich, diese Schäden zu verhindern? Oder die Personen zu verhaften, die dafür zuständig waren?

Gemäss Reto Nause gilt grundsätzlich: Wenn es zu Auseinandersetzungen oder Sachbeschädigungen komme, greife die Kantonspolizei ein. Ob sie das aber zu jedem Zeitpunkt auch könne und wie sie je nach Situation genau reagiere – das sei der Entscheid der Einsatzleitung und eine Frage der Verhältnismässigkeit. «Hier nimmt die Politik keinen Einfluss.»

Auch bei diesem Thema spricht der Polizeichef wieder von Güterabwägungen und Risikofaktoren. «Es gibt keine einfache Lösung.» Ob und wie die Polizei eingreife, hänge unter anderem davon ab, wie schwer die begangenen Straftaten wögen.

Täter wenn möglich in flagranti anhalten

Klar ist: Wenn möglich versucht die Polizei, allfällige Täterinnen und Täter in flagranti anzuhalten. Das sei aber nicht immer möglich, weil diese oft Schutz im Umzug suchten und sich nach einer Sprayerei schnell dorthin zurückzögen. Das erschwere die Identifikation, vor allem wenn viele – wie am Samstag – vermummt seien.

Zudem könnte die Situation rasch eskalieren, wenn sie die Person aus der Menge zu fischen versuchen würden, sagt Willi. «Und dann könnten auch unbeteiligte Drittpersonen verletzt werden.» Im Nachgang fänden aber weiterführende Ermittlungen statt, um die Personen zu identifizieren.

Mehrere Organisationen rufen zur nationalen Palästina-Demo auf

Ächzen unter Demo-Dichte Auf das heisse Kundgebungs-Wochenende könnte ein weiteres folgen – inklusive Marsch durch die Stadt Bern.

Der Demo-Kalender in der Stadt Bern ist in diesen Tagen eng getaktet. Nach einer ersten Palästina-Demo und einer Israel-Mahnwache folgte letztes Wochenende ein Demo-Samstag mit gleich zwei Kundgebungen – einer Palästina-Demo auf dem Bundesplatz und einem antifaschistischen Abendspaziergang durch die Stadt. Die jeweilige Stimmung: hitzig. Das Polizeiaufgebot: beträchtlich.

Und die nächsten Kundgebungen stehen bereits an. Am Mittwoch ist auf dem Bundesplatz erneut eine Israel-Mahnwache geplant. Mit einer Kinderwagen-Installation wollen die Organisatoren auf die nach wie vor verschleppten israelischen Geiseln aufmerksam machen, darunter auch Kinder und Babys.

Kein «Zweitagesrhythmus»

Eine grössere Demonstration dürfte wiederum am Samstag auf Bern zukommen. Dann ist auf dem Bundesplatz abermals eine Palästina-Demo geplant – diesmal eine nationale. «Es sind ver-

schiedene Gesuche von unterschiedlichen Gruppierungen hängig, und wir bemühen uns, diese zu einer Kundgebung zu bündeln. Es laufen Gespräche», sagt Sicherheitsdirektor Reto Nause (Mitte) auf Anfrage.

Noch steht die Bewilligung für die Kundgebung aus – die Demo-Anfragen werden derzeit noch beurteilt. So oder so lässt Nause durchblicken, dass die aktuelle Demo-Dichte das erträgliche Mass bald übersteigt. «Irgendwann ist Schluss», sagt er. «Wir können in Bern nicht im Zweitagesrhythmus solche Kundgebungen haben.» Es gebe zwar das Recht auf Meinungsäusserung, aber es gebe auch die Bevölkerung, die am Samstag in der Innenstadt ungestört bummeln und einkaufen möchte. Was passiere, wenn die Kundgebungen sich zu sehr häuften, habe man während der Covid-Pandemie gesehen: «90 Prozent der Leute waren nur noch genervt», sagt der Sicherheitsdirektor.

Dazu kommt, dass die für Samstag vorgesehene Kundge-

bung nicht nur von der Grösse her, sondern auch von der Breite der beteiligten Gruppierungen eine neue Dimension annehmen könnte. Der Aufruf kommt von einem Kollektiv aus Genf und wird von über einem Dutzend Gruppierungen unterstützt.

Die Szene ist geteilt

Dazu gehören die Partei der Arbeit Schweiz, die Kommunistische Jugend Bern, Der Funke Schweiz oder Bern for Palestine. Auch die BDS-Bewegung – BDS steht für Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel – unterstützt den Aufruf. «Auch in Kreisen der Klimabewegung wird für die Demonstration mobilisiert», so Nause.

Innerhalb der Klimabewegung scheint es unterschiedliche Meinungen zu geben, ob und welche Position man rund um die jüngste Eskalation im Nahen Osten einnehmen will. Nachdem auf den internationalen Social-Media-Accounts der Fridays-for-Future-Bewegung – diese habe laut Recherchen der «Jüdischen

Allgemeinen» keine Legitimation, im Namen der gesamten Klimabewegung zu posten – klar Position für Palästina ergriffen worden war, distanzieren sich diverse nationale Accounts.

Neben dem deutschen Ableger tat dies auch die Schweizer Klimabewegung – zumindest die Deutschschweizer Sektion. Auf den Accounts von «Grève du Climat Suisse» ist eine Positionierung gegen den Hamas-Terror und eine Reaktion auf die Antisemitismusvorwürfe nicht auffindbar. Im Gegenteil. In gewissen Telegram-Kanälen der Klimastreikbewegung wurde zu Pro-Palästina-Demos aufgerufen. Jonas Kampus, der sich im Klimastreik aktiv engagiert, bestätigt, dass in den Kanälen teils problematische Inhalte geteilt würden.

Dass der französischsprachige Kanal bisher keine Mitteilung zur Situation im Nahen Osten abgesetzt hat, habe eher etwas mit dem Zeitbedarf denn mit unterschiedlichen Perspektiven zu tun. «Die Position des Klimastreiks haben wir zusammen er-

arbeitet, sie gilt für alle Sprachregionen», sagt Kampus.

Der Klimastreik ist eine von zahlreichen Organisationen wie Extinction Rebellion oder Letzte Generation, die alle der Klimabewegung zugerechnet werden können. Es gibt unterschiedliche

«Wir greifen dort ein, wo es zu Straftaten kommt.»

Manuel Willi
Chef der Regionalpolizei Bern

Positionen innerhalb der Klimabewegung, und es gibt Personen, die auch in der Pro-Palästina-Bewegung aktiv sind.

Doch nicht nur innerhalb der Klimabewegung scheint man geteilter Meinung zu sein, auch die linksextreme Szene ist gespalten. So kritisierte etwa Der Funke, die Schweizer Sektion der International Marxist Tendency, nach

der jüngsten Antifa-Demo vom vergangenen Wochenende, dass beim Demo-Zug vom Samstagabend keine Palästina-Flaggen erlaubt waren.

Anders zeigte sich das Flaggenreime einige Stunden zuvor während der Palästina-Demo. Dort wurde eine Frau zurechtgewiesen, die eine Friedensfahne entrollen wollte – anscheinend waren nur Palästina-Flaggen erwünscht. Ein Mann, der während der Kundgebung mit einer Israel-Fahne auftauchte, sei von der Polizei wegescortiert worden.

Doch wie wird die Polizei bei heiklen Situationen vorgehen, etwa wenn bei der nächsten Demonstration antisemitische Sprüche skandiert werden oder verfeindete Gruppen aneinandergeraten? «Wir greifen dort ein, wo es zu Straftaten kommt», sagt Manuel Willi, Chef der Regionalpolizei Bern. «Wir wollen verhindern, dass die Situation eskaliert.»

Kaspar Keller und
Christoph Albrecht